

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 15

Artikel: Vergangenheitsbewältigung in der Sowjetunion
Autor: Ow, Meinrad von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093683>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vergangenheitsbewältigung in der Sowjetunion

Die historische Diskussion in der Sowjetunion macht auch vor Lenin und der Oktoberrevolution nicht halt.

Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion kennt Begriffe, die in der Vergangenheit eindeutig festgeschrieben waren. Jede Abweichung davon galt als verdammenswerte Häresie und als Sakrileg an der reinen Lehre. Solche Begriffe sind in erster Linie das Ereignis der «Grossen Oktoberrevolution» und die Namen Lenin und Stalin. Es mußte daher wie ein Paukenschlag wirken, als Chruschtschow im Jahr 1956 in seiner berühmten Rede auf dem XX. Parteitag die Demontage des Denkmals Stalin einleitete.

In der Folgezeit ging der Prozess der Entstalinisierung eher stillschweigend und die Rehabilitierung der Opfer Stalins halbherzig vonstatten.

Noch in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution im Jahr 1987 sprach Gorbatschow bei der Erwähnung der Stalinzeit von der «an sich richtigen Linie des Kampfes gegen das Kulakentum», bei der es allerdings zu «Überspitzungen» gekommen sei, und verteidigte die Kollektivierung «als grundlegende Veränderung der Lebensweise der Landbevölkerung auf sozialistischer Basis und als soziales Fundament für die Modernisierung des Agrarsektors, der es ermöglichte, die Arbeitsproduktivität wesentlich zu steigern». Gorbatschow stellte in dieser Rede «den unbestrittenen Beitrag Stalins zum Kampf für den Sozialismus und zur Verteidigung seiner Errungenschaften» seinen groben politischen Fehlern und Willkürakten gegenüber und gab als «bittere Wahrheit» preis, dass Stalins Massenrepräsentation «Tausende und Abertausende» ausgesetzt waren.

Es galt anscheinend immer noch, was Juri Afanassjew, Rektor der Moskauer Hochschule für Geschichte, an Chruschtschow bemängelt hatte: «Ihm schien, dass man sich des Stalinschen Erbes durch den heidnischen Akt des Hinauswerfens seiner sterblichen Überreste aus dem Mausoleum oder durch die Entlarvung seiner persönlichen Eigenschaften und Handlungen werde entledigen können.»

Ende 1988 stellte Professor Afanassjew der oben genannten Rede Gorbatschows fol-

gende Analyse entgegen: «Wenn heute behauptet wird, die Kollektivierung sei die Fortsetzung des Leninschen Genossenschaftsplanes gewesen, so war sie in Wirklichkeit etwas ganz anderes: Die Kollektivierung nach stalinscher Art liquidierte den Leninschen Genossenschaftsplan. Ihrer Tragweite nach war sie das grösste Verbrechen des Stalinschen Regimes. Der in den Jahren 1932 bis 1933 organisierte Hunger raffte Millionen Menschenleben dahin . . . Es hat aber auch einen Rekord in der Ermordung eigener Mitbürger gegeben, der nur von Pol Pot überboten wurde, dabei in relativer, nicht aber in absoluter Grösse.»

Anfang dieses Jahres nannte der sowjetische Historiker Roy Medwedjew in der Zeitschrift «Argumenti i fakti» erstmals Zahlen über die Opfer der Stalinära. Danach sind damals 15 Millionen Menschen ums Leben gekommen, davon im Zuge der Kollektivierung sechs bis sieben Millionen verhungert. Insgesamt seien 40 Millionen Menschen getötet, eingekerkert oder anderweitig verfolgt worden. Vor kurzem hat schliesslich der Historiker A. Merzalow in der Zeitung «Sozialistitscheskaja Industrija» den Begriff «Stalinismus» folgendermassen klar und umfassend definiert.

Stalinismus ist die Usurpation der Macht über Partei und Volk, getarnt durch eine entstehende Propagierung der Ideale Lenins, der Revolution und des Sozialismus; Stalinismus ist die Deformierung der Partei. Stalinismus bedeutet Massenterror, politischen Mord an Millionen unschuldigen Menschen, Verachtung gegenüber dem Menschenleben. Stalinismus ist das von Stalin geschaffene administrative Weisungssystem, das alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst und sich unterordnet; es ist die ausschliessliche Macht des Beamtentums, die Korruption der Leitung, des Handels, der Wissenschaft. Stalinismus bedeutet die grobe Verletzung elementarster demokratischer Grundrechte, die geschickt durch rhetorische Floskeln über die Menschenrechte getarnt wird, Stalinismus bedeutet das Fehlen des Rechtsstaats, die äusserste Intoleranz gegenüber allen Andersdenkenden, die Entstellung der Leninschen Nationalitätenpolitik und die Willkür gegenüber den Religionen, Kirchen und Gläubigen.

Stalinismus bedeutet Zwangsarbeit von Millionen Menschen unter Einsatz der primitivsten Technik, die Plünderung der Arbeits-

kräfte- und Naturressourcen des Landes. Er bedeutet soziales Schmarotzertum und soziale Ungerechtigkeit auf dem Boden einer umfassenden Gleichmacherei einerseits und der Privilegien für bestimmte Bevölkerungsschichten andererseits. Stalinismus bedeutet Erziehung zu Argwohn, Denunziantentum, Liebedienerei, Heuchelei und Vernichtung der Menschenwürde. Stalinismus bedeutet Betrug auf Staatsebene, die Erzeugung von «Staatsverrättern», die Verzerrung der Ergebnisse der Kollektivierung, die Fälschung der Geschichte der KPdSU, der UdSSR und der Weltgeschichte. Stalinismus bedeutet militante Inkompetenz, die Verfolgung der Geistesschaffenden, die Einmischung der unwissenden «Koryphäen» in viele Wissenszweige, durch die deren Entwicklung für viele Jahre gestoppt wurde.

Als «Entstellung der Ideale Lenins» bezeichnet Merzalow den Stalinismus, und «Rückkehr zu den Leninschen Prinzipien» fordert Gorbatschow für seine neue Politik. Gleichwohl kann auf die Dauer bei der Suche nach den Wurzeln des Stalinismus die Frage nach der Unanfechtbarkeit der Lehre Lenins und nach der Einzigartigkeit der Oktoberrevolution nicht ausbleiben.

So melden sich auch schon die ersten mehr oder weniger zaghaften Stimmen in sowjetischen Publikationen. Der Historiker Pawel Wolobujew zum Beispiel räumt ein, dass es 1917 zur Oktoberrevolution eine bürgerlich-demokratische Alternative gegeben hätte, deren rührige und redliche Befürworter die Sozialdemokraten (Menschewiki) und die Sozialrevolutionäre gewesen wären. Infolge ihrer Kompromisse mit der Bourgeoisie hätten sie allerdings ihre Programme nicht durchsetzen können.

Auch Professor Afanassjew schreibt, dass die Lehrbücher über die Geschichte der KPdSU und der Oktoberrevolution mit ihren Klischees wie «menschewistische Abweichung», «antirevolutionäre Gruppen» oder «Agenten des Kulakentums» mehr einer gehobelten Telegrafentaste als einem Lebensbaum mit einer weitverzweigten Krone gleichen.

Im «Nowji mir» vom Mai 1988 vertritt Wasili Seljunin den Standpunkt, die Wurzeln von Stalins Terror müssten in der Leninschen Politik vom Kriegskommunismus gese-

Fortsetzung auf Seite 8

Sind die Reformen doch noch zu retten?

Hat China eine Chance, wenigstens wirtschaftlich an den früheren Reformkurs wieder anzuknüpfen? Oder verhält es sich mit einem Reformunterbruch wie mit einem Schwangerschafts«unterbruch»?

Der Staatsstreich konservativer Funktionäre in China stellt die dortige Regierung bereits vor enorme wirtschaftliche Probleme. Eine Hauptquelle des relativen Wohlstandes in den letzten zehn Jahren, der Zufluss von westlichem und auslandschinesischem Kapital, tröpfelt nur noch. Das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking am 4. Juni hat unter anderem das Vertrauen der ausländischen Investoren zerstört, die geglaubt hatten, dass die Parteiführer um Reformvater Deng Xiaoping das Riesereich in einen demokratischen Staat umwandeln wollten. Dazu die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, war eigentlich die ganze westliche Welt bereit.

Nutzniesser der unumkehrbar scheinenden stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung waren rund 90 Prozent der Bevölkerung. China wurde zur grössten Baustelle der Welt. Gorbatschows Besuch im Mai hätte zu einem demonstrativen Triumph des chinesischen Weges werden sollen: Schaut her, ihr sorgengeplagten Genossen aus Moskau, wie man die Reformpolitik richtig macht. Stattdessen war es dann Gorbatschow, der seinen

Fortsetzung von Seite 7

hen werden. Andere Autoren haben inzwischen diese These übernommen, und Professor Afanassiew meint, die Historiker sollten weitere Aspekte aus Lenins Leben und Werk aufzeigen, «den in sich widersprüchlichen Lenin, den zweifelnden, irrenden, schliesslich Lenin, wie er Antworten suchte und nicht fand, vor allem während seiner letzten Lebensjahre».

War es ein irrender Lenin, der mit dem «roten Terror» alle die vernichtete, die seinem Weg nicht folgten? Merzalow hat den Begriff «Stalinismus» klar definiert. Gelten diese Kriterien wirklich nur für die Zeit, in der Stalin die Geschicke der Sowjetunion bestimmt hat? ■

chinesischen Gastgeber trösten musste: «Hitzköpfe gibt es auch bei uns.» Was aber in Peking nach seiner Abreise geschah, hat sicher auch Gorbatschow zum Nachdenken gezwungen.

Politische Macht zerbläst Wirtschaftszwänge

Die blutige Unterdrückung der gewaltlosen Studentenrevolte in Peking ist zwar ein spezifisches Vorkommnis, zugleich aber ein Menetekel. Es erinnert an das, was aus Veränderungsprozessen werden kann, bei denen nicht auch die Macht entscheidend verändert worden ist. Zwischen den Anhängern der Demokratie und den Anhängern der Diktatur hat im entscheidenden Moment die schiere Macht entschieden, und dagegen konnten die andern Faktoren nicht aufkommen, so massgeblich sie sich vorher auch ausgenommen hatten, insbesondere die «wirtschaftlichen Zwänge». Nun stellt sich am ungeahnten Exempel die Frage: Kann das, was in China geschehen ist, nicht mutatis mutandis auch in der Sowjetunion, in Polen oder Ungarn passieren? Dass die Umkehr sich ausgerechnet das chinesische Beispiel ausgesucht hat, macht die Sache besonders bestürzend, denn nirgends hatten sich die Reformen glatter angelassen als dort. Sie hatten dem Land wirtschaftliche Wachstumsraten von 15 bis 18 Prozent eingebracht, ein einmaliger Erfolg im Vergleich zu andern reformorientierten sozialistischen Ländern.

Unter den kommunistisch geführten Ländern auf Veränderungskurs schien China die stabilsten politischen Verhältnisse zu haben. Leider hat sich der Schein als trügerisch erwiesen. In einer einzigen Nacht hat China den moralischen und materiellen, den internen und internationalen Kredit verspielt, den es in einem Jahrzehnt erworben hatte.

Hinterkulissenputsch

Mit der Entmachtung des reformfreudigen Parteichefs Zhao Ziyang fand hinter den Kulissen ein Putsch der Ordnungsbewahrer statt. Die grösste Überraschung beim insgesamt verblüffenden Vorgang bestand nun darin, dass Deng Xiaoping seinen eigenen Reformflügel im Stich liess und sich auf die Seite der Konservativen unter Führung von

Ministerpräsident und Politbüromitglied Li Peng und Staatspräsident Yang Shangkun stellte.

Das ist eine Kehrtwende, und sie ist wenigstens teilweise wohl dadurch zu erklären, dass sich Deng selbst in die Ecke gedrängt sah. Man hielt ihm das weltkundige Aufbegehren der Studenten und die Sogwirkung auf chinesische Medien wahrscheinlich als Ergebnis seiner Veränderungs politik vor, und er fühlte sich wenigstens subjektiv gezwungen, den von Li Peng geforderten Militäreinsatz zu genehmigen, um von den Reformen zu retten, was zu retten war. Hinzu kommt Dengs grundsätzliche Option für das bestehende Machtmonopol in politischen Belangen. Er war zu erstaunlich weitgehenden Wirtschaftsreformen bereit, aber stets unter Wahrung der Parteiherrschaft und des zentralen Machtmonopols. Dahinter braucht nicht so sehr ideologische Fixiertheit zu stehen als vielmehr die Überzeugung, dass das riesige Land mit seinen dreissig Provinzen und seiner Milliarden einwohnerschaft nicht oder noch lange nicht mit demokratischen Mitteln zusammenzuhalten sei. China braucht gemäss solchen Überlegungen eine Zentrale im durchsetzungsfähigen Zustand, wenn es nicht dem politischen Chaos verfallen soll.

Die Einheit unter der Parteiführung hatte Deng freilich schon früher hochgehalten, ohne deswegen Massakerbefehle zu erlassen. Gerade aufbegehrenden Studenten hatte er die Grenzen gezeigt und dabei keine Panzerkorps benötigt. Das grauenhafte Gemetzel auf dem Tianamenplatz ist zwar von Deng Xiaoping ausdrücklich absegnet worden, aber es trägt nicht seine Handschrift. Er, der so oft das Handeln nominell höher stehenden Personen diktiert hat, liess sich diesmal wahrscheinlich sein Handeln teilweise aufoktroyieren; das Veto gegen politisch auf-rührerische Studenten passt zu ihm, nicht aber die blutige Form.

Laut Darstellungen aus Peking und Hongkong hatten Li Peng und Yang Shangkun die Absicht, den Parteichef Zhao Ziyang bereits Anfang dieses Jahres zu stürzen. Zur Erstarkung des konservativen Flügels in der Parteiführung kam es letztes Jahr, als sich Staatschef Yang Shangkun und sein Bruder Yang Baibing, Leiter der politischen Armee, mit dem Regierungschef Li Peng gegen Zhao Ziyang verbündet hatten, dem politischen